



Kreisverband Mainz-Bingen

**Wahlprogramm BÜNDNIS 90/Die Grünen
im Landkreis Mainz - Bingen
zur Kreistagswahl 2014**



VISDP:
Dr. Silvia Klengel, Unteraue 22, 55262 Heidesheim
Eberhard Wolf, Mainzer Str. 13, 55294 Bodenheim
Kreisvorstandssprecher/in

Inhaltsverzeichnis

Themen	Seite
Vorwort	4
<u>I. Energie – Klimaschutz</u>	
Energie	6
Atomares Zwischenlager Biblis	8
<u>II Verkehr -Infrastruktur</u>	
Mobilität/Verkehr	9
Lärmschutz	12
Digitale Infrastruktur	14
<u>III. Umwelt – Naturschutz</u>	
Flächenverbrauch	15
Abfallwirtschaft	16
Natur-und Artenschutz	18
Gewässerökologie und Hochwasserschutz	19
<u>IV. Wirtschaft - Finanzen</u>	
Finanzpolitik	21
Wirtschaftspolitik	23
<u>V Arbeit und Teilhabe</u>	
Arbeitslosigkeit bekämpfen - Teilhabe statt Ausgrenzung fördern	27
<u>VI. Soziales</u>	
Familien stark machen	29
Lokales Bündnis für Familien im Landkreis	32
Kinderbetreuung und Kinderbildung	33
Vorfahrt für Kinder	34
Kinder- und Jugendpolitik	35

VII. Demografischer Wandel

Miteinander der Generationen-Mittendrin statt Außen vor 38

VIII. Bildung

Bildung ist Zukunft 40

IX. Inklusion-Integration-Migration

Inklusion behinderter Menschen 44

Integration & Migration - Leben miteinander 46

X. Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtergerechtigkeit vor Ort 48

Gender Mainstreaming- Gender Budgeting

XI. Europa und die Kommunen 50

Liebe Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis,

Am 25. Mai haben Sie die Möglichkeit, die Zukunft unseres Landkreises und Ihrer Kommune im Rahmen der Kommunalwahl zu bestimmen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten im neuen Kreistag sowie in den Orts- und Verbandsgemeinderäten Verantwortung übernehmen und entscheidende Weichen für eine sozial-ökologische Politik im Landkreis stellen.

Das vorliegende Wahlprogramm, welche zur besseren Übersicht und Lesbarkeit in insgesamt 11 Kapitel unterteilt ist, bildet unsere politische Schwerpunktsetzung und zentralen Forderungen ab:

- Wir wollen die Energieversorgung dezentral und umweltverträglich gestalten.
- Wir sehen den lokalen Klimaschutz als Chance für eine nachhaltige kommunale und regionale Entwicklung.
- Wir wollen Vorfahrt für Natur- und Umweltschutz auf öffentlichen Flächen.
- Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung sowie eine Kommunalreform sind für uns maßgebend, um unsere Kommunen zukunftsfähig zu machen.
- Mobilität und Infrastruktur sind im Einklang mit Klima und Menschen zu gestalten. Die Reduktion des Flächenverbrauchs und ressourcenschonendes Wirtschaften sind hier zentrale Voraussetzungen.
- GRÜNE Politik heißt, Landschaft, Boden, sauberes Wasser und gesunde Luft für zukünftige Generation zu erhalten und nicht rücksichtslos zu verbrauchen.

- Unter sozialer Gerechtigkeit verstehen wir, dass jeder Mensch sein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe verwirklichen kann. Niemand darf benachteiligt und ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden.
- Wir stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik zum Wohle kommender Generationen, für eine moderne Verkehrspolitik und regionale Wertschöpfung.
- Wir stehen für eine moderne, offensive und konsequente Gleichstellungspolitik, die wir als Querschnittsaufgabe, aber auch als eigenständigen politischen Bereich in allen Politikfeldern ansehen.
- Wir wollen durch Gender -Mainstreaming und gezielte Frauenförderung in den Kommunen dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Die Aufnahme des Ziels der Geschlechterparität in das Kommunalwahlgesetz ist dabei ein wichtiger erster Schritt.
- Ziel grüner Politik ist es, unseren Landkreis und unsere Kommunen offener, bunter und menschenfreundlicher zu gestalten. Es muss uns gelingen, Menschen mit Migrationshintergrund, Flüchtlinge und Asylsuchende human aufzunehmen und ihnen reale Chancen einer Integration zu ermöglichen.

Hier gestalten: Starke Kommunen brauchen starke Grüne!

I. Energie- Klimaschutz

Energie

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Partei, die sich ohne Wenn und Aber für den Umweltschutz engagiert. Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energie sind die Hauptanker für den Erfolg der Energiewende. Die Energiewende schafft Unabhängigkeit von riskantem Atomstrom und von fossilen Brennstoffen. Bürger und Bürgerinnen sowie Kommunen nehmen die Energieversorgung selbst in die Hand. Windkraft und Photovoltaik produzieren kein CO₂.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Mainz-Bingen wollen diese Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinden und dem Landkreis fördern. Hier setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an:

Energiesparen: Der Landkreis muss mit Information, Beratung und Anreizen dafür sorgen, dass Kommunen und Privatpersonen alle Möglichkeiten zum Energiesparen z. B. an Gebäuden kennen und nutzen können. Das Gebäudesolarkataster und die fest angestellten unabhängigen EnergieberaterInnen im Energieberatungszentrum des Landkreises sind ein Ergebnis unserer politischen Arbeit. Die von uns unterstützte Energiedienstleistungsgesellschaft (EDG) der Landkreise und Kommunen zeigt eindrucksvoll die Einsparmöglichkeiten bei öffentlichen Gebäuden und Wohngebieten auf.

Klimaschutzkonzept: Das mit unserer Unterstützung entstandene Klimaschutzkonzept des Landkreises wollen wir mit Leben füllen.

Erneuerbare Energien: Die Nutzung der Energie aus Windkraft, Photovoltaik, Biomasse, Wasserkraft und Erdwärme soll von Kommunen und dem Landkreis weiter vorangebracht werden. Dazu gehört z. B. die Förderung von Windkraftpartnerschaften zwischen den Kommunen oder die Unterstützung der Kommunen bei der Festlegung der Dachflächenausrichtung in Neubaugebieten nach Süden oder Westen, damit Photovoltaik möglich ist.

Wir treten ein für...

- eine lokal bis global ökologische sowie sozial und wirtschaftlich verträgliche Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare Energie.
- das Betreiben der Blockheizkraftwerke durch die EDG zu fast 100 % aus erneuerbaren Energien (im wesentlichen Holz und Biomethan)
- die Steigerung der Energieeinsparung und Energieeffizienz, v. a. bei öffentlichen Gebäuden inkl. Schulsanierung und Schulneubau,
- die Erzeugung von Biomasse im Rahmen von wechselnden Fruchtfolgen,
- ökologisches Bauen hin zum Passiv- oder Energie-Plus-Haus unter Beachtung der Baubiologie,
- die Gründungsunterstützung von lokalen Energiegenossenschaften, damit die Bevölkerung bei der Energiewende mitgenommen wird und von ihr profitiert,
- die Erzeugung und Nutzung von Erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen für eine stärkere regionale Wertschöpfung,

- eine **Klimaschutzsatzung** des Kreises mit folgenden Schwerpunkten:
 - Beseitigung administrativer Hindernisse bei der Gewinnung Erneuerbaren Energien,
 - Überprüfung aller Vorschriften des Landkreises hinsichtlich der Frage, ob sie die Energiewende fördern,
 - Nutzung und Gewinnung von Energie auf Basis ökologischer Effizienz und sozialer Verantwortung,
 - Einsatz von Biomasse im Strom und Wärmebereich (verbindliche Kraft-Wärme-Kopplung),
 - die Gründung eines Beirates für Klimaschutz in Anlehnung an das im Frühjahr 2014 verabschiedete Klimaschutzgesetz des Landes.

Atomares Zwischenlager Biblis

Als rheinhessische GRÜNE verfolgen wir die Diskussion um eine Zwischenlagerung weiterer radioaktiver Abfälle am Standort Biblis durchaus mit Sorge. Transporte mit Castor-Behältern mit hochradioaktivem Atommüll stellen stets ein Risiko dar und sollten nach Möglichkeit unterbleiben.

Ab dem Jahr 2015 beginnt der Rücktransport von insgesamt 26 Castoren mit mittel- und hochradioaktivem Atommüll aus der Wiederaufarbeitung in Sellafield und La Hague. Deutschland ist zur Rücknahme dieser Behälter vertraglich verpflichtet. Die weitere Einlagerung der Castoren in das Zwischenlager Gorleben lehnen wir ab! Das Sankt-Florians-Prinzip der unionsgeführten Länder führt jetzt dazu, dass grünregierte Länder in ihrem Verantwortungsbereich Standorte für die Zwischenlagerung prüfen lassen wollen.

Es ist ein Skandal, dass ausgerechnet diejenigen, die die verfehlte Energiepolitik mit Atomkraftwerken ohne Nachweis der sicheren Entsorgung des Atommülls betrieben haben, sich nun aus der Verantwortung stehlen wollen.

Wir treten ein für ...

- die Einbeziehung aller möglichen Zwischenlager in Deutschland in eine ausschließlich an Fachkriterien orientierte Prüfung und Suche nach den sichersten Zwischenlagern,
- die feste zeitliche Befristung der Zwischenlagerung, weil sowohl die Behälter als auch die Hallengebäude nicht für eine oberirdische Langzeitlagerung ausgelegt sind,
- eine strenge Prüfung im Vorfeld der Entscheidungsfindung über die Zwischenlagerung der zurückzunehmenden Castoren in Biblis, an welchem Standort und unter welchen Bedingungen die Zwischenlagerung mit dem geringsten Risiko für die Bevölkerung möglich ist. Insbesondere ist der ausreichende Schutz gegen terroristische Angriffe wie gezielte Flugzeugabstürze nachzuweisen.
- die länderübergreifende Einbindung von Worms, Mainz und den Landkreisen Alzey-Worms, Bad Kreuznach und Mainz-Bingen in ein solches Verfahren, da sie in einem möglichen Störfall am stärksten betroffen sind.

II. Verkehr - Infrastruktur

Mobilität

Mobilität kann umwelt- und sozialverträglich gestaltet werden. Räumliche und zeitliche Mobilität sind wichtige Voraussetzungen für die Teilnahme am Bildungs- und Arbeitsleben sowie am gesellschaftlichen Leben. Mobilität muss verkehrsmittelunabhängig möglich sein und darf nicht vom Besitz oder der Verfügbarkeit eines PKW abhängig gemacht werden. Der Umweltverbund bietet eine gute Alternative.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Mainz-Bingen wollen umwelt- und sozialverträgliche Möglichkeiten für BürgerInnen in den Kommunen und dem Landkreis fördern.

Hier setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an:

Fußverkehr als Teil der Nahmobilität: kurze, direkte, sichere und attraktive Fußwegeverbindungen sind die beste Voraussetzung für eine hohe Nutzung. Kinder, Jugendliche und Erwachsene jeden Alters bevorzugen breite und erlebnisreiche Wege und Plätze.

Dies ist eine Voraussetzung für urbane und attraktive Kommunen.

Radverkehr: Ein attraktives Umfeld für den alltäglichen, freizeitlichen und touristischen Radverkehr ist die beste Voraussetzung für hohe Nutzungsraten. Hierzu gehören neben komfortablen, beleuchteten und direkten Radwegeverbindungen auch sichere Abstellanlagen und Serviceeinrichtungen.

ÖPNV: Ein gut funktionierender, attraktiver und bezahlbarer ÖPNV ist ein wichtiger Bestandteil für die Mobilität im Landkreis Mainz-Bingen.

Straßen: Die vorhandenen Straßen sind ein Teil der Mobilität im Landkreis. Sie sollen in einem intakten Zustand erhalten bleiben.
Grundsätzlich geht der Erhalt des Straßennetzes vor Neubau.

Fähren: Wir sehen die Rheinfähren als einen wichtigen Bestandteil des ÖPNV-Angebotes und wollen diese weiterhin durch den Landkreis unterstützen. Die zahlreichen Fährverbindungen ermöglichen eine direkte und schnelle Querung von und nach Hessen.

Zur Verbesserung der Verkehrsbeziehungen über den Rhein hinweg setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Ausbau der Fährverbindungen.

Mehrere Fähren statt einer Brücke sorgen für wohnortnahe direkte Verbindungen zur anderen Rheinseite. Sie sind optimal für Fußgänger und Radfahrer.

Sie sichern dauerhaft Arbeitsplätze in der Region und vor allem sind sie mit den Zielen des Naturschutzes vereinbar und stärken die Naherholungsmöglichkeiten für die Menschen.

Neue **Brücken** über den Rhein, ob bei Bingen, Nierstein/Oppenheim oder in anderen Orten lehnen wir ab.

Wir treten ein für ...

- den bedarfsgerechten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und Kleinbussen zur Verbindung der Gemeinden mit den Mittelzentren,
- die Koordinierung und Bewerbung umweltfreundlicher Mobilitätskonzepte, -
- die Förderung regenerativer Antriebe im ÖPNV,
- ein Sozialticket für den ÖPNV,
- eine bessere Einbindung der Rheinfähren in den ÖPNV-Tarif und Verlängerung der Fahrzeiten,
- die Förderung von Carsharing mit Einbindung in das ÖPNV-Angebot,
- die Förderung von Dienstfahrten möglichst mit dem Rad, ÖPNV oder Carsharing
- attraktive Fußwegeangebote zwischen ÖPNV-Haltestelle und öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Sportanlagen,
- die Verbesserung der Fahrgastinformationssysteme,
- die Förderung von Mitfahrerparkplätzen an ÖPNV-Knoten,
- die Instandhaltung des bestehenden Kreisstraßennetzes,

- die Förderung des **Fahrradverkehrs** durch:
 - Radwegebau und Fahrradstreifen,
 - Radwegebau bei Straßensanierungen,
 - sichere Abstellanlagen für Fahrräder an Bahnhöfen und ÖPNV-Umsteigepunkten,
 - Radschnellwege zwischen den Mittelzentren,
 - eine Förderungsinitiative für den Aufbau von Radverleihsystemen für den Alltag und Touristik insbesondere an Bahnhöfen und ÖPNV-Umsteigepunkten.

Lärmschutz

Der Schutz vor Lärm ist ein Grundrecht der Menschen. Lärm jeglicher Art schadet der Gesundheit und mindert die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Mainz-Bingen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Mainz-Bingen wollen eine hohe Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen und dem Landkreis erhalten und fördern.

Hier setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an:

Straßenlärm: Der motorisierte Verkehr auf der Straße erzeugt tags und nachts ein hohes Maß an Lärmbelastungen für die Bevölkerung im Landkreis Mainz-Bingen.

Je höher die Geschwindigkeit, die Zahl der Fahrzeuge und der Lkw-Verkehrsanteil sind, umso höher ist die Belastung für die Menschen.

Wir wollen die gesetzlichen Möglichkeiten zur Verringerung von Straßenlärm stärker ausnutzen und unterstützen dabei die Kommunen, aus Lärmschutzgründen Geschwindigkeitsreduzierungen auf Kreis-, Landes- und Bundesstraßen umzusetzen. Dies gilt besonders für die Ruhezeiten der Menschen.

Bahnlärm: Der Bahnlärm hat in den letzten Jahren an den Hauptverkehrsstrecken zum Teil unerträglich zugenommen. Die Ursache ist der stark zugenommene und in Zukunft weiter steigende Güterverkehr auf der Schiene.

Die erfreulich höhere Nutzung der Bahn für den Gütertransport hat insbesondere in den nächtlichen Ruhezeiten starke gesundheitliche Auswirkungen auf die Anwohner dieser Bahnstrecken. Neben dem langfristigen Bau von Neubaustrecken für den Güterverkehr sind mittelfristige und kurzfristige Lärminderungen notwendig.

Fluglärm: Die Zunahme des Flugverkehrs am Frankfurter Flughafen und die Verlagerung der An- und Abflugrouten haben zu einer gesundheitlichen Belastung der Bevölkerung bis nach Rheinhessen geführt. Die Lebensqualität im Landkreis Mainz-Bingen und den angrenzenden Gebieten hat - je nach Flugrichtung - sehr stark abgenommen. Diese Belastungen müssen verringert werden.

Ein weiterer Ausbau des Flughafens muss gemeinschaftlich verhindert werden.

Wir treten ein für ...

- einen konsequenten Lärmschutz für die AnwohnerInnen entlang von Straßen und Bahnlinien,
- eine kommunale Initiative für Geschwindigkeitsbegrenzungen aus Lärmschutzgründen auf Gemeinde-, Kreis-, Landes- und Bundesstraßen, besonders für Ruhezeiten,
- Geschwindigkeitsbegrenzungen aus Lärmschutzgründen in Ruhezeiten für Güterzüge auf Bahnstrecken,
- die Umrüstung der Bahngüterwagen auf Flüsterbremsen,
- den Neubau einer Bahngüterstrecke als langfristiges Ziel,
- die Ausweitung eines echten Nachtflugverbotes am Frankfurter Flughafen von 22 bis 6 Uhr,
- die Deckelung der Flugbewegungen,
- den Verzicht auf Terminal 3 und einen weiteren Ausbau des Flughafens,
- eine Lärmgesetzgebung mit verbindlichen Höchstgrenzen und einem realistischen Berechnungsverfahren, das auch Einzelschallereignisse berücksichtigt.

Digitale Infrastruktur

Menschen können nicht nur durch Busse, Radwege und Straßen näher zusammen gebracht werden. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur gehört zu den Zukunftsthemen unseres Landkreises. Schnelle Internetverbindungen sind inzwischen ein harter Standortfaktor.

Gesellschaftliche Teilhabe, Telearbeit und die Ansiedlung von Unternehmen kann somit in den Kommunen ermöglicht werden. Dort wo der Markt (in diesem Fall die Telekommunikationsanbieter) versagt, müssen Kommunen selbst tätig werden und alle Möglichkeiten nutzen.

Wir treten ein für ...

- die Erhebung des Ausbaubedarfs im Landkreis,
- die Einführung und der Ausbau von e-governments (als offenes und digitales Verwaltungshandeln),
- den zügigen Ausbau digitaler Infrastruktur gemeinsam mit den Kommunen,
- die Unterstützung der Initiativen für freies W-Lan in den Kommunen,
- die Bereitstellung von schnellem Internet als Pflichtaufgabe für die öffentliche Hand.

III. Umwelt

Flächenverbrauch

Der Flächenverbrauch im Landkreis Mainz-Bingen hat auch in den letzten Jahren wichtige Flächen der Naturlandschaft und Landwirtschaft entzogen.

Neue Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen sind darauf entstanden.

Erfreulich ist der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützte Rückbau von ehemaligen Militärfächen am Dromersheimer Hörnchen zu Naturflächen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Mainz-Bingen wollen die Flächen in den Kommunen und dem Landkreis für die Natur, Landwirtschaft und Naherholung erhalten.

Wir treten ein für ...

- eine Minimierung des Flächenverbrauchs durch Gewerbegebiete, Neubaugebiete und Verkehrswege,
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung, d. h. die Nutzung von Baulücken und Industriebrachen statt Bebauung immer neuer Flächen,
- die Renaturierung von Bachläufen, die dem Hochwasserschutz sowie dem Menschen zur Naherholung und der Natur dient.

Abfallwirtschaft

Die derzeitige Abfallpolitik im Landkreis Mainz-Bingen basiert auf einer vorausschauenden Politik der vergangenen Jahre. Diese Abfallpolitik soll in der Zukunft noch nachhaltiger werden.

In erster Linie setzen BÜNDNIS 90/DIE Grünen im Landkreis Mainz-Bingen auf Abfallvermeidung vor Abfallentsorgung. Dazu setzen wir auf Initiativen zur Wiederverwertung, Tauschbörsen und ähnliche Projekte als erstes Maßnahmen hierzu. Weitere Möglichkeiten der Abfallvermeidung möchten wir überprüfen.

Abfallentsorgung

Bei der letztendlichen Abfallentsorgung setzen wir auf nachhaltiges Recycling. Wir sehen Abfall als Rohstoff, den es zu nutzen gilt. Die Umwelt kann so entlastet werden.

Die Abfallentsorgung wird inzwischen wieder in kommunaler Regie gemeinsam mit den Entsorgungsbetrieben der Stadt Mainz betrieben. Die GebührenzahlerInnen werden erheblich entlastet und die ArbeitnehmerInnen unseres Abfallwirtschaftsbetriebes erhielten einen krisenfesten und sicheren Arbeitsplatz. Die Müllgebühren liegen heute ein Drittel unter den Sätzen des Jahres 2009.

Der gesammelte Grünschnitt aus der Biotonne wird seit 2011 mit neuer Technologie gemeinsam mit einem privaten Unternehmen zu Kompost verarbeitet.

Das Werk in Essenheim verursacht keine Geruchsemissionen mehr und liefert umweltfreundliche Energie und Rohstoffe.

Altkleidersammlung

Sie soll zusammen mit gemeinnützigen Organisationen im Kreis organisiert werden. Damit stellen wir den zum Teil unfair und illegal betriebenen Handel mit Altkleidern ab. Brauchbare Kleidung wird weiter getragen, der Rohstoff Altkleider wird recycelt. Wir wünschen uns als System „Die Tonne danach“, mit dem zweimal im Jahr am Tag nach der Altpapiersammlung, die aussortierten Altkleider bei den Haushalten abgeholt werden

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen im Landkreis Mainz-Bingen die Kosten für die Bürgerinnen und Bürger senken und die Umwelt entlasten.

Wir treten ein für ...

- kommunale Wertschöpfung durch die Altkleidersammlung in Regie des Landkreises (die „Tonne danach“),
- eine Überprüfung der Möglichkeit von Mülleinsammlung mit einer Tonne und einer anschließenden besseren maschinellen Abfalltrennung,
- Abfallvermeidung durch die Verstärkung der derzeitigen Tauschmöglichkeiten,
- kommunale Wertschöpfung durch eine eigene Elektroschrottverwertung,
- die Einrichtung eines Repair-Cafes.

Natur- und Artenschutz

Die Erhaltung der Artenvielfalt (Biodiversität) ist weltweit zu einem wichtigen Ziel geworden, denn immer mehr Arten verschwinden oder sind vom Aussterben bedroht.

In unserem Landkreis müssen wir die vorhandenen Schutzgebiete konsequent erhalten und jede Beeinträchtigung vermeiden.

Deshalb setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Erhalt und Ausbau von Schutzgebieten. Pläne zur Errichtung von Brücken in oder am Rand zu äußerst bedeutsamen Schutzgebieten am Rhein unterlaufen den Schutzgedanken vor allem für die Vogelwelt. Natürliche und naturnahe Flächen dienen auch der Naherholung der Bevölkerung. Mit Erfolg gekrönt war die konsequente Zurückgabe der Rheinuferflächen an die Natur.

Wir treten ein für ...

- den Erhalt und die Ausweitung von Schutzgebieten,
- den Erwerb von Naturschutzflächen mit Ausgleichsflächenzahlungen,
- die naturnahe Gestaltung von Grünflächen,
- die Beseitigung illegaler Bauten in Naturschutzgebieten,
- die weitere finanzielle Unterstützung des Auenservice und des Informationszentrums am Rhein,
- die Verstärkung von Umweltbildung in Schulen,
- die Ausrufung eines gentechnikfreien Landkreises,
- die Verhinderung von Betrieben mit Massentierhaltung,
- eine Untergliederung der -in weiten Kreisteilen - durch Monokulturen geprägten Landschaft z. B. durch Feldgehölz-Streifen (auch zum Windschutz) oder durch Bäume z. B. an Wegkreuzungen; hier zeigt die auf den Weg gebrachte Regionalparkplanung gute Möglichkeiten zur Förderung der Naherholung,
- die Förderung und Auflegung eines Förderprogramms für den ökologischen Land- und Weinbau zur Vermeidung von Umweltschäden (Wasser, Tiere u. a.),
- ganzjährige Begrünung auch auf konventionell bewirtschafteten Flächen zur Rückhaltung von Oberflächenwasser und Vermeidung von Erosionsschäden.

Gewässerökologie und Hochwasserschutz

Gewässerökologie: Bäche sind wichtige lebendige Bestandteile unserer Umwelt.

Vielfach sind sie überbaut oder auf andere Weise nachteilig verändert.

Mit der AKTION BLAU plus des Landes steht ein geeignetes Förderprogramm für den Gewässerschutz auf kommunaler Ebene bereit.

Wir wollen unsere Gewässer wieder zu lebenswerten Räumen mit einem artenreichen Spektrum an Pflanzen und Tieren entwickeln. Wir freuen uns über das große Engagement vieler ehrenamtlicher Bachpaten, die den Gewässerschutz mit großer Leidenschaft unterstützen.

Wir treten ein für...

- mehr Unterstützung und Anerkennung der Bachpatenschaften,
- die zügige Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zur Erreichung einer guten Qualität der Fließgewässer.

Hochwasserschutz: Der Klimawandel ist eine Tatsache. Wir versuchen alles dafür zu tun, dass die von Menschen verursachten Gründe für die Klimaveränderungen beseitigt werden. Extremere Wetterverhältnisse werden den Boden und den Wasserhaushalt verändern. Dem ökologischen Hochwasserschutz muss daher eine zentralere Rolle eingeräumt werden. Besonders dramatisch können sich die zu erwartende Trockenheit im Sommer und hohe Niederschlagsmengen im Winter auswirken. Flüsse werden neue Rekordpegel erreichen.

Hochwasserschutz und -Management müssen sich darauf einstellen. Technische Hochwasserschutzmaßnahmen wie Mauern und Dämme können das Hochwasser nur bis zu einer bestimmten Höhe abhalten. Vollständigen Schutz vor Hochwasser gibt es nicht! Hochwasserschutz ist Daseinsvorsorge. Damit die Vorsorge in Gang gesetzt wird, müssen die Risiken bewusst gemacht werden. Hochwasserschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe der Kommunen, des Landes und des Bundes.

Wer sich die Hochwassergefahrenkarte im Bereich des Landkreises Mainz-Bingen auf der Internetseite des Umweltministeriums ansieht, muss feststellen, dass im Grunde fast jede Stadt oder Gemeinde an den Gewässern betroffen sein kann.

Vom Rhein geht zwar sicher die größte Gefahr aus, aber auch kleine Bäche können großen Schaden anrichten.

Wir treten ein für...

- eine Sensibilisierung der BürgerInnen für das Thema Hochwasser,
- eine umfassende Information der BürgerInnen über das Hochwasserrisiko in ihren Städten, Gemeinden und Landkreisen,
- einen Prozess, der das Hochwasserrisikomanagement im Kreis entscheidend voranbringt,
- ökologischen Hochwasserschutz mit integrierten Konzepten für eine ökologische Landnutzung, zum Stopp der Flächenversiegelung, zum Rückhalt des Wassers in der Landschaft sowie zur Renaturierung von Flussauen und zur angepassten Siedlungsentwicklung,
- aktive Hochwasserpartnerschaften, die verstärkt Workshops zu Themen der Hochwasservorsorge durchführen:
 - mit Feuerwehren und Stadt- und Gemeindewerken zu Themen wie Hochwassergefahrenkarten, Vorhersagen und Frühwarnung, Alarm- und Einsatzplanung,
 - mit Planungs- und Bauämtern zur Regional- und Bauleitplanung,
 - mit Bauämtern und Flächennutzern zu Themen wie Hochwasserrückhalt und technischer Hochwasserschutz,
 - mit Bürgermeistern und Bauämtern zur Information der betroffenen Gewerbebetriebe und EinwohnerInnen.

IV. Wirtschaft und Finanzen

Finanzpolitik

Niedrige progressive Kreisumlagesätze

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen starke Gemeinden in einem starken Kreis.

Viele Gemeinden, Städte und Kreise haben in Rheinland-Pfalz ihren finanziellen Spielraum schon längst verloren.

Wir möchten die Leistungsfähigkeit unseres Kreises und seiner Gemeinden durch eine nachhaltige Finanzpolitik stärken. Die Kreisumlage soll so niedrig wie möglich gestaltet sein und gleichzeitig der Ausgleichsfunktion des Landkreises gerecht werden. Deshalb haben wir mit dafür gesorgt, dass die Kreisumlage jetzt nur 33,5% beträgt. Damit liegt der Landkreis Mainz-Bingen rund zehn Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten uneingeschränkt für die Beibehaltung der progressiven Erhebung der Kreisumlage ein. Diese sorgt für Steuergerechtigkeit in unserem Kreis und unterstützt Gemeinden mit niedriger Steuerkraft.

Eine weitere Senkung der Kreisumlage schließen wir nicht aus.

Wir wollen aber dabei auch berücksichtigen, dass die Herausforderungen an die Organisation und Strukturierung unserer Ganztagschulen zusätzliche Mittel erfordern.

Nachhaltige Schuldenpolitik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit dafür gesorgt, dass der Kreis praktisch schuldenfrei ist. Wir verdanken diese Entwicklung u. a. einer auf Wirtschaftlichkeit und Weitsicht beruhenden grünen Politik der letzten fünf Jahre.

Wir setzen uns dafür ein, dass es in Zukunft nur wieder zu einer Neuverschuldung kommen darf, um wichtige ökologische und/ oder bildungsrelevante Infrastrukturprojekte zu finanzieren.

Einer Verschuldung für konsumtive Zwecke werden wir nicht zustimmen.

Bürgerhaushalt

Wir möchten zukünftig den Haushalt des Kreises für alle Bürgerinnen und Bürger verständlich offen legen. Durch dieses Konzept des offenen Haushalts können wir intensiver miteinander in Dialog treten.

Die Durchführung von Bürgerhaushalten auf Gemeindeebene unterstützen wir. Durch Bürgerhaushalte fördern wir Bürgerbeteiligung und Transparenz.

Wir treten ein für...

- eine möglichst niedrige Kreisumlage unter Beibehaltung der Progressionsstufen,
- eine Schuldenbremse,
- eine umfassende, pädagogisch aufgewertete Ganztagesbetreuung als wesentlicher Standortfaktor für die Unternehmen im Kreis,
- Gender Budgeting.

Wirtschaftspolitik

Der Erhalt wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in unserem Kreis ist das herausragende Ziel der Wirtschaftspolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Mainz-Bingen. Hierbei sind die spezifischen Belange von Industrie, Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft sowie des Dienstleistungssektors zu berücksichtigen.

Kluge Wirtschaftspolitik, für die wir stehen, muss dabei die vielfältigen ökologischen Erfordernisse berücksichtigen: Möglichst geringer Ressourcenverbrauch, Nutzung regenerativer Energien und Vermeidung unnötiger Transportwege.

Die wirtschaftliche Entwicklung aller Gemeinden im Landkreis muss möglichst gerecht gefördert werden. Industrie- und Gewerbebranchen lassen sich effizient durch Leerstandskataster der Verbands- und Ortsgemeinden verwalten.

Weiterer Landschaftsverbrauch kann so verhindert oder minimiert werden.

Wir sind der Meinung, dass es im Kreis Mainz-Bingen ausreichende, sofort verfügbare Gewerbeflächen gibt. Deshalb lehnen wir die Ausweisung zusätzlicher Flächen wie etwa auf dem Kasernengelände in Dexheim, auf dem Gelände der McCully-Baracks in Wackernheim bzw. auf dem Layenhof-Areal strikt ab.

Auftragsvergabe nach ökologischen und sozialen Kriterien

Think global- act local. Dieser Slogan, mit dem die Umweltbewegung in den 70er Jahren angetreten war, hat bis heute nichts an Aktualität verloren. Ob eine gerechtere, klimafreundlichere und nachhaltigere Welt möglich ist, wird vor Ort in den Kommunen entschieden.

Deshalb treten wir dafür ein, dass bei allen Entscheidungen die ökonomischen, sozialen und ökologischen Standards des Fairen Handels und der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden, sei es bei der Beschaffung von Möbeln (aus zertifiziertem Holzanbau), das Angebot von fairem Kaffee bei Gemeinderatssitzungen oder das Verbot von Grabsteinen aus Steinbrüchen, in denen Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN berücksichtigen Erfordernisse der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik. Wir treten dafür ein, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge weiterhin

soziale Kriterien Anwendung finden. Nach Möglichkeit sollen zukünftig auch weitere Kriterien wie der Anteil der über 50-jährigen an der Belegschaft, die Frauen- und Ausbildungsquote für das Vergaberecht gelten.

GRÜNE Wirtschaftspolitik ist auch immer engagierte Umweltpolitik. Öffentliche Auftragsvergaben müssen sich selbstverständlich auch nach ökologischen Kriterien richten. Hierbei wollen wir den Einsatz Erneuerbarer Energien, die Wiederverwertbarkeit der eingesetzten Materialien und die Belastungen durch den Transport besonders berücksichtigen.

Industrie, Handel, und Gewerbe sollen ermutigt werden, eine eigene Energieversorgung aufzubauen und sich mit den Gemeinden am Aufbau von Nahwärmenetzen beteiligen. Bei zukünftigen Neubauten des Kreises werden wir auf eine energieoptimierte Bauweise drängen.

Null-Energie- oder Energie-plus-Gebäude sollen bei Neubauten Standard sein.

Förderung von UnternehmensgründerInnen

Wir fördern die Eigeninitiative von UnternehmensgründerInnen.

Um ExistenzgründerInnen, BürgerInnen sowie Gemeinden verlässliche finanzielle Kompetenz zur Seite zu stellen, machen wir GRÜNE uns für unsere Sparkassen (Rhein-Nahe und Mainz) stark.

Sparkassen als kommunale Finanzinstitute

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen zu Sparkassen als kommunale Finanzinstitute.

Sie sind in der aktuellen Finanzkrise ein Hort der Sicherheit für viele SparerInnen.

Wir möchten das Eigenkapital der Sparkassen stärken, das im Wesentlichen aus thesaurierten Gewinnen gebildet wird.

Wir akzeptieren trotzdem moderate Ausschüttungen auf den erwirtschafteten Gewinn, weil es bedeutet, dass der Kreis nicht nur als Gewährsträger haftet, sondern auch als Eigentümer handelt und am Unternehmenserfolg teilnimmt.

Das aktuelle Zinsniveau stellt unsere Sparkassen vor schwierige Aufgaben.

Der Kostendruck ist enorm. Gleichwohl möchten wir die Sparkassenpräsenz in der Fläche erhalten. Filialschließungen müssen die Ausnahme bleiben.

Um ein möglichst breites Leistungs- und Angebotsspektrum erhalten zu können, schließen wir einen Zusammenschluss der Sparkassen Rhein-Nahe und Mainz nicht grundsätzlich aus.

Die (trotz des aktuell extrem niedrigen Marktzinsniveaus) hohen Überziehungszinsen der Sparkassen für genehmigte und ungenehmigte Kontoüberziehungen sind ein Ärgernis und bedrohen das Ansehen der Sparkassen. Die Überziehungzinssätze, in der Spitze über 17% p. a., müssen dramatisch sinken.

Frauen in die Gremien

Wir möchten, dass die Vorstände der Sparkassen paritätisch mit Frauen und Männern besetzt werden. Wenn dies mit Kräften aus eigenem Haus gelingen soll, müssen die Sparkassen mehr für die Förderung ihres weiblichen Personals tun.

Berufliche Ausbildung

Wirtschaftspolitik bedeutet auch die Notwendigkeit einer qualitativen Bildungspolitik. Wir möchten die Bereiche Ingelheim, Bingen und Oppenheim zu vorbildlichen beruflichen Ausbildungszentren weiterentwickeln.

Dezentrale Landwirtschaft

Im Landkreis Mainz-Bingen wollen wir die dezentrale Produktion landwirtschaftlicher Güter fördern. Eier, Obst, Gemüse, Milch und Brot müssen nicht über weite Transportwege zu den VerbraucherInnen gebracht werden.

Kluge Wirtschaftspolitik setzt auf die Trümpfe unseres Kreises: Wald, der Rhein, die Weingüter, historische Sehenswürdigkeiten und einzigartige Landschaftsformen.

Wir treten ein für...

- ein kreisweites Leerstandskataster von Industrie- und Gewerbeflächen,
- die Nutzung regenerativer Energien als Vorreiter und Vorbildfunktion der öffentlichen Hand gerade in kreiseigenen Gebäuden,
- den Verzicht auf die gewerbliche Nutzung von Konversionsflächen in Wackernheim und dem Layenhof,

- eine öffentliche Auftragsvergabe nach ökologischen, sozialen, nachhaltigen und fairen Gesichtspunkten,
- die Förderung von Weltläden und Fairtrade- Initiativen
- dass das Thema Nachhaltigkeit und fairer Handel regelmäßig auf die Agenda des Kreistags kommt,
- Nullenergie- bzw. Passivhausstandard bei kreiseigenen Neubauten,
- starke Sparkassen mit moderaten Ausschüttungen, fairen Überziehungszinsen sowie paritätischer Besetzung im Vorstand,

V. Arbeit

Arbeitslosigkeit bekämpfen - Teilhabe statt Ausgrenzung fördern

Wir leben in einem wohlhabenden und wirtschaftsstarken Landkreis.

Die Arbeitslosenquote im Kreis Mainz-Bingen gehört zu den niedrigsten im Land. Dennoch prägen Risiken wie Armut, Arbeitslosigkeit, Alter und Behinderung den Alltag vieler Menschen.

Mehr als 8.000 Einwohner sind Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft und beziehen Leistungen nach dem SGB II. Die Zahl der langzeitarbeitslosen Menschen bewegt sich seit Jahren auf dem gleichen Niveau. Daher zählt die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu den wichtigsten Aufgaben im Kreis.

Es gilt, Teilhabemöglichkeiten für alle zu schaffen und einer Verstetigung von Armut entgegenzuwirken, die oft mit bedrückender Perspektivlosigkeit und gesundheitlichen Schädigungen verbunden ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für optimale Hilfen und eine umfassende Unterstützung arbeitsloser Menschen ein, d.h. für eine gute und effektive Beratung, passgenaue Qualifizierungsangebote und eine nachhaltige Vermittlung in den Arbeitsmarkt.

Wir wissen, dass der erste Arbeitsmarkt für manche Personengruppen keine Perspektive bietet. Deshalb setzen wir uns für einen öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt ein. Dessen Angebote können Menschen dabei helfen, sich dem ersten Arbeitsmarkt wieder anzunähern und ihnen eine Alternative zu Ausgrenzung und sozialer Isolation bieten.

Arbeitslosigkeit betrifft deutlich häufiger Ältere, MigrantInnen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, psychisch kranke Menschen und Menschen mit schlechten oder fehlenden Schul- und Berufsabschlüssen.

Eine wirkungsvolle Politik gegen Arbeitslosigkeit kann sich daher nicht auf die Arbeitsvermittlung und den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente beschränken.

Der Landkreis hat dafür Sorge zu tragen, dass gemeinsam mit anderen Institutionen die Ursachen sozial bedingter Arbeitslosigkeit behoben werden.

Eine gute Arbeitsmarktpolitik ist daher immer auch Bildungspolitik, Jugendförderung und Sozialpolitik.

Wir treten ein für...

- die Entwicklung eines „Gesamtkonzeptes Arbeit“, das die Entstehungsbedingungen und Hintergründe von Arbeitslosigkeit in den Blick nimmt und den gesamten Aspekt „Arbeit“ vom Übergang Schule/Beruf, Fachkräfteentwicklung, Integration, Willkommenskultur sowie Integration Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt abdeckt,
- die Schaffung ergänzender und unterstützender Strukturen und Maßnahmen zur Vermeidung von (Langzeit)- Arbeitslosigkeit,
- die Entwicklung und Umsetzung von Angeboten, die auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Personengruppen zugeschnitten sind und nicht nur schnelle Integrationserfolge im Blick haben,
- die Gründung einer Beschäftigungsgesellschaft, die existenzsichernde Erwerbstätigkeit und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und Synergien (z. B. bei der Schulverpflegung, dem Umwelt- und Naturschutz, bei sozialen Aufgaben) schafft,
- die Überprüfung der Nachhaltigkeit von arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Projekten.

VI. Soziales: Familie- Kinder- Jugend

Familien stark machen

Familien stehen im Zentrum der Grünen Politik.

Familien sind natürliche Lebensformen und Grundpfeiler unserer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Die Familie genießt verfassungsrechtlichen Schutz. Kinder sind eine Bereicherung für Familie und Gesellschaft. Kinder bedeuten Zukunft. Die Familie ist die Grundlage für die Solidarität der Generationen. Kinder lernen und erfahren durch die Familie Regeln des Zusammenlebens, kulturelle Werte und solidarisches Verhalten.

Die Funktionsfähigkeit der Familie ist entscheidend für die Persönlichkeitsentwicklung und den Start in ein selbstbestimmtes und autonomes Leben. Sie ist entscheidende Institution zur Wegbereitung und gleichzeitig wegweisende Erziehungs- und Bildungsgemeinschaft.

Alle Kinder haben das Recht auf gleiche Chancen und Teilhabe an unserer Gesellschaft – unabhängig von der Herkunft und dem Einkommen der Eltern. Mangel an Bildung, Gesundheit, sozialen und kulturellen Fähigkeiten, ungesunde Ernährung und Bewegungsmangel kommen uns allen teuer zu stehen. Kinder dürfen für Eltern oder Alleinerziehende durch sinkende Realeinkommen nicht zum Armutsrisiko werden.

Der Schutz der Familie ist im Grundgesetz verankert und primär Aufgabe des Bundes. Artikel 6 des Grundgesetzes verpflichtet aber auch die Länder und Kommunen dazu, die Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung zu stellen.

So können auch Städte, Landkreise und Gemeinden eigene Schwerpunkte setzen. Dazu zählen der Ausbau von ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen von 0 – 14 Jahren, die Tagespflege, der Ausbau der Ganztagschulen, Schulsozialarbeit und Ferienbetreuungsaktionen wie auch öffentliche Spielplätze und Sportanlagen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben den Satz „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ – als politischen Leitsatz gewählt.

Wir fördern Kinder da, wo sie sind: egal ob in Ehe, Ein- Eltern-Familie, bei Adoptiv- oder Pflegeeltern, bei unverheirateten Paaren oder in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften.

Was ist bisher erreicht worden?

Kinder haben das Recht auf gewaltfreie Erziehung. Die Ganztagschule ist gesetzlich verankert und Rheinland-Pfalz hat ein eigenes Ganztagschulprogramm. Seit 2013 besteht der gesetzliche Anspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Dieser Anspruch ist in Rheinland Pfalz - im Vergleich zu anderen Flächenländern – führend umgesetzt. Diese Aussage gilt auch für den Landkreis Mainz-Bingen, was uns dem Ziel einer familiengerechten Alltagsgestaltung ein großes Stück näherbringt.

Familienfreundliche Strukturen

Alle Kinder haben ein Recht auf kindgerechte Verhältnisse: Freiräume zum Toben, gesunde Ernährung, gute Bildung, bestmögliche Förderung und gleiche Chancen. Für ein gutes Leben mit Kindern brauchen Eltern flexible Arbeitszeiten, mehr Teilzeitstellen, gute und flächendeckende Kinderbetreuung, hochwertige Beratungs- und Unterstützungsangebote, Kooperation zwischen den Institutionen und eine gute Abstimmung untereinander.

Zunehmend muss auch die interkulturelle Vielfalt der Familien berücksichtigt werden. Inklusion erreicht alle Familien mit Kindern mit Behinderung oder Beeinträchtigungen. Diese sind im Gemeinwesen und in den Institutionen willkommen geheißen.

Wir treten ein für...

- bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Mütter und Väter,
- eine Elternschule sowie vergleichbare Angebote, die aus Projekten entstehen,
- niedrigschwellige Angebote der Elternbildung,
- eine engere Zusammenarbeit von Eltern, Kitas und Schulen als umfassende Sozialisierungs- und Bildungseinheit,
- die Förderung der engen Zusammenarbeit von Gesundheits- und Jugendhilfe,
- die weitere Ausbildung von Konflikt-LotsInnen oder StreitschlichterInnen,
- den gezielten Einsatz von Schulsozialarbeit,
- die Verankerung von Kinderrechten in schulischen Lehrplänen,
- eine gesunde und kulturspezifische Ernährung in den Betreuungseinrichtungen,
- die Förderung von Spiel-, Bewegungs- und Gesundheitserziehung im Vorschulalter und im Schulsport.

Lokales Bündnis für Familien

Die Lokalen Bündnisse im Kreis Mainz-Bingen sind beispielhaft.

Sie sind lokale Netzwerke, in denen Partnerinnen und Partner aus ganz unterschiedlichen Handlungsfeldern mit dem Ziel zusammenarbeiten, die Bedingungen für Familien zu verbessern.

Themen sind u. a die Stärkung der Familienkompetenz, Förderung der Arbeits- und Lebensbedingungen, familienfreundliche Gestaltung des Wohnumfeldes und die Initiierung generationsübergreifender Projekte.

Das Bündnis für Familien wurde durch Irene Alt als grüne Kreisbeigeordnete intensiv begleitet und hat viele regionale Zusammenschlüsse auf den Weg gebracht wie z. B. das „Patenschaftsmodell“, Jugend in Ausbildung, Notfallbetreuung in Kindertagesstätten, Familienpatenschaften, Elternseminare zur Stärkung der Elternkompetenz sowie Integrationslotsen für MigrantInnen.

Die Ziele des Bündnisses, neue, kreative Ideen und Innovationen zur Verbesserung der Lebenssituation von Familien vor Ort zu entwickeln, stehen weiterhin auf unserer Agenda.

Wir treten ein für...

- die Unterstützung lokaler Bündnisse,
- eine Wiederbelebung der Vernetzungsangebote für die Bündnisse, die zur Zeit ruhen,
- die Erweiterung der Netzwerke und Gründung neuer bedarfsgerechter lokaler Bündnisse vor Ort.

Kinderbetreuung und -bildung

Kinderbetreuung ist aus unserem Verständnis direkt gekoppelt an frühe Bildung und einen gesellschaftlichen Erziehungsauftrag, um allen Kinder von Anfang an einen gleichberechtigten Zugang zur gemeinschaftsfähigen Sozialisation, Bildung und Förderung zu ermöglichen.

Eine lebendige Gesellschaft braucht Kinder und kann es sich nicht leisten, auf Mütter im Berufsleben zu verzichten, bloß weil die Angebote zur Kinderbetreuung nicht stimmen. Wir wollen, dass sich alle Familie und Beruf leisten können.

Wir treten ein für...

- die Weiterentwicklung der Krippenangebote,
- den bedarfsgerechten Ausbau von Kitaplätzen für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahrs zur Erfüllung des Rechtsanspruchs,
- den weiteren Ausbau der Ganztagsplätze in Kindertagesstätten mit flexiblen, verlängerten Öffnungszeiten,
- die Erweiterung an Kitaangeboten zur Inklusion und solche mit Schwerpunkten wie z. B. Waldkindergärten,
- die Benennung der Rahmenbedingungen für gelingende Inklusion in Kitas,
- die Entwicklung flexibler Modelle zur Einrichtung von erforderlichen Kindertagesstätten (langfristige als auch generationsübergreifende Nutzung von Räumen),
- eine Qualitätsoffensive in den Kindertagesstätten, um die ErzieherInnen in ihren vielfältigen Anforderungen in der Bildungs- und Erziehungseinrichtung zu unterstützen,
- die Weiterentwicklung der Fachberatung für Kindertagesstätten und gezielte Weiterbildung in den Einrichtungen,
- den Ausbau der Ganztagschulen und die Weiterentwicklung zur Rhythmisierung der Tagesgestaltung,

- den bedarfsgerechten Ausbau von Hortplätzen als Ergänzungsangebot zur Ganztagschule,
- die Weiterqualifizierung und Vernetzung der Tagespflegeeltern,
- eine kritische Begleitung der qualitativen Umsetzung von Tagespflege in Institutionen und bei Arbeitgebern,
- ein Sanierungsförderprogramm für Kinderspielplätze.

Vorfahrt für Kinder – Kinder achten und fördern

Kinder brauchen ihre Eltern. Sie brauchen ein ganzes Gemeinwesen, das sich seiner Verantwortung für Kinder bewusst ist. Staatliche Förderung ist das Eine, Nachbarschaftshilfe, starke soziale Netze und Rücksicht auf Kinder das Andere.

Wir treten ein für...

- die Stärkung der „Offensive Kindeswohl“, um Eltern in ihren Erziehungs- und Beziehungskompetenzen zu fördern,
- eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe und dem Gesundheitswesen, insbesondere mit den Kinder- und FrauenärztInnen,
- eine kritische Auswertung der Armuts- und Sozialberichte des Kreises, die auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN regelmäßig erstellt werden.

Kinder- und Jugendpolitik

Wir verstehen Kinder- und Jugendliche als einen integralen Bestandteil unserer Gesellschaft. Dazu gehört es auch, die jungen Menschen insbesondere in Entscheidungen mit einzubeziehen, von denen sie betroffen sind.

In vielen Bereichen werden ihre Wünsche und Bedürfnisse kaum beachtet. Jungen Menschen müssen mehr Möglichkeiten geboten werden, sich aktiv in politische Entscheidungen einzubringen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich bundesweit für eine Absenkung des Wahlalters ein. Für Rheinland-Pfalz fordern wir das kommunale Wahlrecht mit 16 Jahren. Wir wollen Politik für junge Menschen mit ihnen zusammen und nicht über ihre Köpfe hinweg gestalten.

Für uns GRÜNE sind deshalb die stärkere Einbindung von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen in ihre Kommunen, die Ausweitung der politischen Bildung sowie Informationsmöglichkeiten über bestehende Beteiligungsmöglichkeiten ein zentrales Anliegen.

Jugendhilfe und Jugendkultur

Darüber hinaus müssen die bereits geschaffenen Angebote für Kinder und Jugendliche weiter ausgebaut werden. Junge Menschen brauchen Treffpunkte, Räume und eigene Freizeitangebote, um ihre Kreativität zu stärken und ihre Persönlichkeit zu entwickeln.

Deshalb soll das Angebot an Bolzplätzen, Basketballkörben, Half-Pipes in den Kommunen des Landkreises erweitert werden. Ebenso halten wir es für wichtig, jugendkulturelle Projekte (Theater, Musik, Kunst etc.) zu fördern und entsprechende Räume zur Verfügung zu stellen.

Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe

Politik für junge Menschen ist eine Querschnittsaufgabe.

Wir haben Jugendliche bei den Zugängen zu Arbeit und Ausbildung oder bei sozial- und gesundheitspolitischen Fragen immer im Blick. Jugendpolitik heißt, allen Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen und ethnischen Herkunft gleiche Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe zu eröffnen.

Wir wollen die Standards in der Jugendhilfe erhalten und weiterentwickeln, um einem weiteren Auseinanderklaffen der Gesellschaft mit gravierenden Auswirkungen für junge Menschen entgegenzuwirken.

Die Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe sind in den vergangenen Jahren gestiegen; insbesondere stationäre Maßnahmen belasten den Haushalt stark. Damit Jugendhilfe nicht zum Reparaturbetrieb wird, setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstärkt auf Prävention.

Der Kreis bietet bereits vielfältige Unterstützungs- und Hilfeangebote.

Das Netzwerk Kinderschutz, die Familienpaten und die entstehenden Angebote zur Förderung der Elternkompetenz müssen ausgebaut und nachhaltig gesichert werden.

Die jetzt an allen Schulformen eingerichtete Schulsozialarbeit im Kreis setzt den gemeinsamen Auftrag von Schule und Jugendhilfe um, um zu einer gelingenden individuellen und sozialen Entwicklung aller Heranwachsenden beizutragen sowie Benachteiligungen zu vermeiden und abzubauen.

Es gilt eine Präventionskette aufzubauen, die von Geburt an bis zum Übergang Schule-Beruf helfende Begleitung und Unterstützung für besonders gefährdete Kinder und Jugendliche und deren Familien sicherstellt und den Schwerpunkt auf ambulante Hilfen legt.

Wir treten ein für...

- eine verstärkte Förderung der offenen Jugendarbeit und die Partizipation der Jugendlichen als eigene Experten,
- stärkere Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen der Kommunen (z. B. Spielleitplanung),
- den Ausbau von Jugendtreffs und öffentlichen Räumen,
- die Förderung jugendkultureller Projekte und Initiativen,
- den Ausbau der bestehenden Hilfen zu einer umfassenden Präventionskette der Kinder- und Jugendhilfe,
- die langfristige Sicherung der Schulsozialarbeit,
- die Stärkung der Kooperation zwischen Kindertagesstätten, Schulen, offener Jugendarbeit und weiterer Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe,
- Erziehungs- und Bildungspatenschaften zwischen Eltern, KiTa und Schule,
- Projekte zur Verhinderung von Schulabbrüchen und für Jugendliche ohne Schul- und Berufsabschluss, damit kein Talent verlorengeht.

VII. Demografischer Wandel: Miteinander der Generationen

Miteinander der Generationen – Mittendrin statt Außen vor

Der demografische Wandel stellt alle Kommunen, auch unseren Kreis vor neue Herausforderungen. Kommunale SeniorInnenpolitik muss weiterhin als Querschnittsaufgabe und als ganzheitliches Vorgehen verfolgt werden, die alle relevanten AkteurInnen einbezieht.

Die Situation vor Ort gestaltet sich sehr unterschiedlich, und einen Königsweg gibt es weder bei der Konzeption noch bei der Umsetzung. Vielmehr müssen Handlungsoptionen, Strategien und Perspektiven ausgelotet, in der Kommune bewertet und diskutiert werden, um sie dann zusammen mit PartnerInnen umzusetzen.

Regionale Bedingungen oder Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur fordern individuelle Vorgehensweisen. Das Ziel ist jedoch stets gleich: Die gesellschaftlichen Potenziale älterer Menschen zu aktivieren und ihre Lebensqualität in der Gemeinschaft zu verbessern.

So wurden in der vergangenen Legislaturperiode in einigen Gemeinden öffentliche Gebäude und Dorfgemeinschaftshäuser barrierefrei gestaltet, die Sanitäreinrichtungen auf die Bedürfnisse auch älterer Menschen angepasst und für die jüngste Generation Wickelplätze eingerichtet. Bei allen Maßnahmen, Initiativen, Ideenumsetzungen sind ein miteinander Tun, eine aktive Prozessbeteiligung der Betroffenen und eine Vernetzung wichtig, um voneinander zu lernen und Konzepte weiter zu entwickeln. Der Anteil der über 60jährigen in unserer Gesellschaft wird immer größer. Auch der Anteil der an Demenz erkrankten älteren Menschen nimmt stetig zu. Dies erfordert ein Umdenken in der Altenpflege.

Wir brauchen keine neuen, stationären Einrichtungen und vor allen Dingen dürfen Altenheime nicht zur Aufbewahrungsanstalt werden.

Wir brauchen besondere Betreuungsangebote für alte Menschen und Demenzkranke. Dazu gehören Frühstücks - und Tagesgruppen sowie milieutherapeutische Wohngruppen.

Auch die Palliativpflege muss im Gesetz geregelt werden. Die Arbeit mit alten Menschen darf nicht zur Fließbandarbeit werden. Die Pflege und Betreuung alter Menschen muss menschenwürdig sein.

Wir brauchen zukunftsorientierte Konzepte, die ganzheitlich greifen.

Eine neue Bemessungsgrundlage, die Anpassung des Personalschlüssels in Altenpflegeheimen an den tatsächlichen Pflege- und Betreuungsaufwand ist unausweichlich und längst überfällig.

Wir treten ein für...

- die Schaffung neuer, am Bedarf orientierter Dienstleistungsangebote wie Einkaufs- und Fahrdienste, Begleitungs- und Besuchsdienste, haushaltsnahe Dienstleistungen,
- die Initiierung neuer Wohnformen für ältere Menschen wie generationsübergreifendes Wohnen, SeniorInnen-Wohngemeinschaften, gemeinschaftliche Wohnformen,
- die Unterstützung durch Land, Kreis und Kommune bei der aktiven Umsetzung und Vernetzung bestehender und entstehender Initiativen und Aktionen,
- die Aufnahme neuer Wohnformen in die Dorferneuerungsprogramme,
- die Erstellung von Flyern und Informationsbroschüren, die neben der Homepage das gesamte Angebot für ältere Menschen im Landkreis darstellen,
- die Förderung der Altenpflegeausbildung und die Mitwirkung am Pflegestrukturplan des Landes ,
- die Förderung von ehrenamtlichen Aktivitäten von und mit SeniorInnen.

VIII. Bildung

Bildung ist Zukunft

Bildung ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Gute Bildung eröffnet allen Menschen eine Vielfalt von Möglichkeiten und Perspektiven. Nach wie vor entscheidet aber vor allem die soziale Herkunft über den Bildungserfolg.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen allen Menschen den Zugang zu bester Bildung ermöglichen. Wir bekennen uns zu einer Gesellschaft, die auf Freiheit und gleichen Rechten aufbaut und wollen dafür sorgen, dass die Förderung von Kindern mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen Schule macht.

Um das zu erreichen, wollen wir stärker mit den VertreterInnen der Schulen in den Dialog treten. Die Vernetzung der GRÜNEN Kreistagsfraktion mit SchulleiterInnen, SchülerInnenvertretungen, Elternbeiräten und Personalräten soll dabei ein besonderes Augenmerk haben.

Länger gemeinsam lernen!

Wir GRÜNE wollen eine Schule, die den Graben zwischen Bildungschancen und sozialer Herkunft überwindet, die integriert und fördert. Diese Schule kann nur in einem integrativen Schulsystem ermöglicht werden.

Unser Ziel ist: Eine Schule für Alle! Die Schule der Zukunft ist eine Integrierte Ganztagschule in einem Haus des Lernens.

Wir setzen uns für die Einrichtung und den Ausbau von Integrierten Gesamtschulen ein. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, ab der fünften Klasse eine Gesamtschule besuchen zu können. Damit können wir eine optimale individuelle Förderung ALLER Kinder gewährleisten. Mit der Einrichtung von einer weiteren Gesamtschule in Oppenheim ist der Landkreis hier ein gutes Stück vorangekommen. Um das integrative Schulangebot für alle Kinder zugänglich zu machen, streben wir einen weiteren Ausbau integrativer Schulen an.

Dort, wo dies nicht durchsetzbar ist, wollen wir zumindest Realschulen plus in integrierter Form den Vorzug geben. Gemeinsames Lernen aller SchülerInnen bis zu ihrem Abschluss erhöht auch die Chancen von Kindern aus einkommensschwachen Familien, Kindern mit Sprachförderungsbedarf und Kindern mit Migrationshintergrund.

Wir wollen, dass gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf zur Regel wird (Inklusion).

Um SchülerInnen und Eltern eine bessere Unterstützung zu bieten, wollen wir prüfen, inwieweit schulunabhängig eine Schullaufbahnberatung des Kreises angeboten werden kann.

Echte Ganztagschulen: weil Lernen mehr als Unterricht ist!

Oberste Priorität hat für uns die Ausweitung guter Ganztagsbetreuung in unserem Landkreis. Mehr Raum und Zeit für gemeinsames Lernen und Leben tut Kindern gut und fördert sie in ihrer Entwicklung.

Wir GRÜNE wollen fächer- und klassenübergreifende Elemente aus Lernen, Sport und Kultur ausbauen.

Sinnvoll sanieren: Schulen zu Häusern des Lernens machen!

Gute Lernerfolge hängen entscheidend vom Wohlfühlklima in den Schulen ab. Wir brauchen eine Schule, die Lust auf Lernen macht! Die Landesregierung muss ein umfassendes und zukunftsgerichtetes Investitionsprogramm für Schulen auflegen, das die regionale Wirtschaft in der Konjunkturkrise stärkt und die kommunalen Schulträger finanziell entlastet.

Wir möchten die Investitionen des Kreises zur Sanierung und Entwicklung mit unserem Leitbild einer „Schule als Haus des Lernens“ verknüpfen. Schule benötigt Fachräume genauso wie Bibliotheken, Rückzugsräume, Lerneckeln, Räume für sportliche Tätigkeiten und zur musischen Ausbildung. Auch zusätzliche Räume zur Förderung in Kleingruppen müssen vorhanden sein. Nicht zuletzt werden wir uns weiterhin für die energetische Sanierung mit Wärmedämmung und Energieerzeugung einsetzen.

Mittagsverpflegung

Da gesunde Ernährung ein wesentlicher Teil des Entwicklungs- und Lernkonzeptes einer Schule sein soll, setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein entsprechendes Essensangebot ein, welches unter Berücksichtigung der Wertschöpfungsstufen „regionale Erzeugung und Verarbeitung“ zubereitet wird. Die Mittagsverpflegung wird in unseren Ganztagschulen zum großen Teil an externe gemeinnützige und private Unternehmen vergeben.

Diese Organisationsform ist auf dem Prüfstand.

Wir möchten eigene Produktionsküchen an unseren Schulen einrichten, in denen KöchInnen die Speisen mit überwiegend frischen, ökologisch unbedenklichen Zutaten zubereiten (Cook and Serve). So verliert die Nahrung nur wenige Nährstoffe, schmeckt gut und ist frisch.

Mittelfristig möchten wir eine kreiseigene vertikal integrierte Struktur der Schulverpflegung, in der die Verwaltung mit Kinder-ÖkotrophologInnen den Einkauf der Lebensmittel, die Speisenplanung, das Kochen, die Essensausgabe, das Qualitätsmanagement und die Essenskontrollen überwacht.

Offene Schulen: Für mehr Selbstständigkeit

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Schulen weiterhin im Landkreis ihr eigenes Budget erhalten und selbstständig verwalten können. Unter Beteiligung aller an der Schule vertretenen Gruppen können Schulen Schwerpunkte setzen und so eigene Ziele verfolgen.

Wir möchten Schule und Gesellschaft wieder enger zusammenbringen und fördern eine Öffnung zu Vereinen, Initiativen und Betrieben im lokalen Umfeld.

Jugendhilfe und Schule: Hand in Hand arbeiten

Schulen, Kitas und sonstige Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sollen eng verzahnt zusammenarbeiten. Durch den Einsatz des Allgemeinen sozialen Dienstes an allen Schulen im Landkreis setzen wir Maßstäbe und werden diese Maßnahme fortführen.

An allen Schulen des Landkreises werden SchulsozialarbeiterInnen eingesetzt. Dort, wo weitere Bedarfe entstehen, werden wir uns für weitere Kapazitäten einsetzen.

Wir treten ein für...

- eine weitere IGS im Landkreis,
- den Ausbau guter Ganztagsbetreuung von Anfang an,
- eine Schulentwicklung im Dialog mit SchülerInnenvertretung, Elternbeiräten, Personalräten und SchulleiterInnen,
- ein gutes warmes gemeinsames Mittagsessen an unseren Schulen,
- Schulen als Orte des Lernens und Lebens.

IX. Inklusion- Integration- Migration

Inklusion von Menschen mit Behinderung in unsere Gesellschaft

Am 26. März 2009 ist in Deutschland die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kraft getreten. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte behinderter Menschen ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der bestehende Menschenrechte auf die Lebenssituation behinderter Menschen zuschneidet. Es finden sich daher grundlegende Menschenrechte, wie das Recht auf Leben oder das Recht auf Freizügigkeit im Vertragstext wieder.

Ziel des Übereinkommens ist es, die Chancengleichheit behinderter Menschen zu fördern und ihre Diskriminierung zu unterbinden. Es würdigt Behinderung als Teil der Vielfalt menschlichen Lebens und überwindet damit das noch in vielen Ländern vorherrschende defizit-orientierte Verständnis.

Das Vertragswerk stellt einen wichtigen Schritt zur Stärkung der Rechte behinderter Menschen in aller Welt dar. Zweck des Übereinkommens ist es, die volle und gleichberechtigte Ausübung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle behinderten Menschen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung ihrer angeborenen Würde zu fördern.

Der Begriff behinderte Menschen umfasst Menschen mit langfristigen körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesschädigungen, die sie im Zusammenwirken mit verschiedenen Barrieren daran hindern können, gleichberechtigt mit anderen uneingeschränkt und wirksam an der Gesellschaft teilzunehmen.

Ziel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Inklusion der Menschen mit Behinderungen, angefangen von Kindergarten über Schule bis hin zur Integration ins Erwerbsleben. Daher hat der Kreis Mainz-Bingen bereits im Jahr 2010 unter Federführung unserer damaligen grünen Beigeordneten Irene Alt einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ verabschiedet. Er umfasst mit seinen Handlungsfeldern alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und beinhaltet eine Vielfalt von Ansatzpunkten, um das gleichberechtigte Leben behinderter Menschen mitten in unserer Gesellschaft sicher zu stellen.

Die Umsetzung der im Aktionsplan formulierten Ziele und Maßnahmen gewährleistet, dass lückenlose Übergänge von der Kita, in die Schule und von der Schule in den Beruf geschaffen werden können. Barrierefreie Zugänge – sei es beim Einkauf, dem Arztbesuch oder bei der Beschaffung von Informationen sind notwendig, um ein gleichberechtigtes Miteinander zu erreichen.

Die Integration von behinderten Kindern in Regeleinrichtungen auf der Ebene der Kindertagesstätten wie auch der Schulen ist mittlerweile weit fortgeschritten.

Es gilt, diese weiterhin voranzutreiben und auch die Integration ins Erwerbsleben außerhalb von Werkstätten durch Einzelintegration wie auch die Initiierung von Integrationsunternehmen zu fördern.

Auch im Bereich des Wohnens ziehen wir dezentrale, regionale und kleine Wohneinheiten großen dezentralen Einrichtungen vor, um den behinderten Menschen ein möglichst selbstbestimmtes, barrierefreies Leben zu ermöglichen.

Die politischen Leitsätze der grünen Politik für behinderte Menschen sind "Integration statt Isolation", "Selbstbestimmt Leben", "Ambulant vor Stationär" und "Regionalisierung".

Unsere Vision ist ein Landkreis, in dem alle Menschen ihr Leben selbstbestimmt leben können.

Wir treten ein für...

- die Überprüfung und Fortschreibung des "Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen",
- den Ausbau von Barrierefreiheit für unterschiedliche Formen der Behinderung,
- die Initiierung weiterer, neuer Integrationsfirmen und Integrationsabteilungen,
- die Inanspruchnahme des persönlichen Budgets für behinderte Menschen,
- die Ausweitung des Budgets für Arbeit, das die Teilhabe am Erwerbsleben am ersten Arbeitsmarkt ermöglicht,
- eine am Kindeswohl orientierte Einzelintegration von Kindern und Jugendlichen in Kindertagesstätten und Schulen.

Leben gemeinsam gestalten – Integration von AsylbewerberInnen und MigrantInnen

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Kulturelle Vielfalt ist ein Hauptbestandteil unserer Gesellschaft geworden. Diese Vielfalt wird auch durch Personen herbeigeführt, die einen Migrationshintergrund haben und den Alltag, so wie das wissenschaftliche, intellektuelle und künstlerische Leben mitprägen.

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN stehen für die Integration dieser Menschen und die Reduzierung von Vorurteilen sowie die dadurch entstehenden Nachteile.

Integration bedeutet für B90/DIE GRÜNEN den Zugang zu einem Leben in dem geltenden rechtlichen Rahmen mit sozialer Chancengleichheit, Bildung und kultureller Selbstbestimmung zu ermöglichen. Darüber hinaus ist es für den Fortbestand und die Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaft erforderlich. Maßstäbe für eine GRÜNE Integrationspolitik sind das Grundgesetz und die Menschenrechtskonventionen.

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine aktive Einwanderungspolitik, das kommunale Wahlrecht für Zugewanderte, eine erleichterte Einbürgerung und die doppelte Staatsbürgerschaft ein.

Mit Sprachförderprogrammen auf Landkreisebene in Kindergärten und Schulen kann die Grundlage geschaffen werden, Hürden zwischen Bevölkerungsgruppen abzuschaffen. Hilfreich sind auch Integrationslotsen, die sich im Rahmen von ehrenamtlichen Tätigkeiten in diesem Bereich engagieren könnten.

Im Landkreis Mainz-Bingen leben nach der aktuellsten Erhebung 14.324 AusländerInnen. Gemessen an der Gesamtbevölkerung von insgesamt 203.764 Menschen im Landkreis entspricht das einem Anteil an AusländerInnen von 7,0%. Nicht eingerechnet in diese Zahlen sind AsylbewerberInnen, die aus verschiedenen Gründen ihre Heimat verlassen mussten.

Diesen Menschen muss gerade aufgrund der erlebten Situationen eine Perspektive auf ein Leben in Frieden geboten werden. Daher ist ein menschenwürdiges Asyl- und Aufenthaltsrecht ein Kernanliegen grüner Politik. Diese beinhaltet eine großzügige Bleiberechtsregelung und den Wegfall der noch geltenden Residenzpflicht über Bundesländergrenzen hinweg.

Abschiebung in Krisengebiete verurteilen wir. Auch "illegal" in Deutschland lebende Menschen stehen die grundlegenden Menschenrechte zu. Asylbewerbern muss die Gelegenheit gegeben werden, an der Gesellschaft teilhaben zu können.

Eine Weiterführung der arbeitsrechtlichen Bestimmung, die AsylbewerberInnen/Asylberechtigte erst nach neun Monaten eine Arbeitserlaubnis zuteilkommen lässt, hemmt den Integrationsprozess und wird daher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir treten ein für...

- die Schaffung neuer, am Bedarf orientierter Unterstützungsangebote wie Einkaufs- und Fahrdienste, Begleitung- und Besuchsdienste, haushaltsnahe Dienstleistungen,
- die Nutzung der Potentiale durch Migration,
- die Abschaffung von Diskriminierung und Rassismus,
- die Entwicklung und Realisierung von Integrationskonzepten,
- die Nutzung pädagogischer Möglichkeiten, insbesondere in Kitas und Schule,
- ein Bildungssystem, das fähig ist, mit sozialer und kultureller Unterschiedlichkeit umzugehen,
- die Fortbildung von MigrantInnen und Deutschen mit Migrationshintergrund,
- die Teilnahme für MigrantInnen am gesamten schulischen Leben.

X. Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtergerechtigkeit vor Ort

Gender Mainstreaming – Gender Budgeting

Wir GRÜNE setzen uns für gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle Frauen und Männer ein. Wir stehen für eine offene und konsequente Gleichstellungspolitik, die wir als Querschnittsaufgabe, aber auch als eigenständigen politischen Bereich in allen Politikfeldern annehmen.

Gleichstellung von Frauen und Männern

Sie ist leider noch längst nicht erreicht. Frauen stellen über die Hälfte der Bevölkerung dar und sind immer noch mit nur 16,8% in unseren Kommunalparlamenten vertreten.

Eine konsequente Gleichstellungspolitik, Gender Mainstreaming, Gender Budgeting und weitere Maßnahmen einer gezielten Frauenförderung werden im Landkreis dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Ein erster Schritt wurde mit der Aufnahme der Geschlechterparität in das Kommunalwahlgesetz gemacht.

Gezielte Frauenförderung

Wir GRÜNE stehen für eine gezielte Frauenförderung auf der kommunalen Ebene.

Wir begleiten und unterstützen die Frauenförderpläne der Verwaltung.

Wir unterstützen ebenfalls die Verwaltung in allen Bereichen, die sich mit konkreten Projekten zur Frauenförderung befassen.

Gender-Budget-Politik

Wir wollen eine Gender-Budget-Politik in die Haushaltsroutine integriert wissen.

Sie ist ein wirkungsvolles Instrument, um Geschlechtergerechtigkeit in der Haushaltsführung herzustellen. Kein Haushalt ist automatisch geschlechtsneutral.

Deshalb wollen wir eine Überprüfung der öffentlichen Ausgaben auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen, um dann gegebenenfalls entsprechende

Ausgleichsmechanismen für eine gleichstellungsorientierte Gestaltung bewirken zu können.

Bündnis90/Die Grünen setzen sich für eine Fortführung und Weiterentwicklung der Unternehmerinnenmesse, der Planung und Durchführung des Girls 'Day und der Orientierungsseminare für BerufsrückkehrerInnen ein.

Die Gender Mainstreaming-Strategie ist erst durch uns in das Verwaltungshandeln einbezogen worden. Wir GRÜNE stehen weiter für eine Fortbildung der Führungskräfte in der Verwaltung zu diesem Thema.

BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN setzen sich für Frauen ein, die Gewalt erfahren mussten. Die finanzielle Sicherstellung von wichtigen Anlaufstellen für Frauen in Not wie Frauenhäuser und Vereine wie „Notruf“ ist für uns unabdingbar.

Gleichstellung bedeutet für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch, auf strukturelle Bedingungen zu schauen, in denen Jungen und Männer benachteiligt sind. Speziell im Bildungsbereich brauchen wir eine Gender-Brille für Jungen nach dem Motto „Look at the boy“.

Wir treten ein für...

- Frauen, die selbstbewusst ihren Karriereweg gehen wollen,
- junge Frauen, die naturwissenschaftlich und technikorientierte Fächer studieren oder sich in diesen Bereichen in Ausbildung befinden,
- Männer in erzieherischen- oder in Pflegeberufen,
- Väter, die in Elternzeit gehen, ohne als Exoten zu gelten,
- die Überwindung von Rollenklischees,
- Gender Budgeting,
- eine höhere Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik.

XI. Europa und die Kommunen

Für ein starkes Europa mit starken Regionen und Kommunen

Das große Projekt eines gemeinsamen Europas hat den Menschen in unserem Land Errungenschaften von unschätzbarem Wert geschenkt. Seit knapp siebenzig Jahren leben wir in Frieden und stabilen politischen Verhältnissen.

Grenzposten und Schlagbäume sind heute eine Erinnerung an eine fern erscheinende Vergangenheit. Das ist historisch betrachtet keinesfalls eine Selbstverständlichkeit.

Gegen Europafeindlichkeit und populistische Stammtischparolen

Das Erreichte darf nicht durch Europafeindlichkeit und populistische Stammtischparolen aufs Spiel gesetzt werden. Es ist darum wichtig, dass die Menschen auch vor Ort den Wert des zusammenwachsenden Europas erfahren.

Viele lokale umwelt- und verkehrspolitische Erfolge wie effektiver Lärmschutz, Ausweisung von Fauna-Flora-Habitat-Naturschutzgebieten, Luftreinhaltepläne und die Verbesserung der Qualität unserer Flüsse und Gewässer sind erst aufgrund europäischer Entscheidungen möglich geworden.

Andererseits werden viele Errungenschaften in der lokalen Daseinsvorsorge bedroht, wenn auf europäischer Ebene reine Liberalisierungsstrategien verfolgt werden, weil die Interessen der Konzerne dominieren und im Europäischen Parlament bzw. in der Europäischen Kommission die falschen politischen Mehrheiten entscheiden.

Deshalb brauchen wir für unsere kommunalen Ziele vor unserer Haustür auch eine andere Mehrheit im Europäischen Parlament.

Wir GRÜNE setzen uns daher für eine starke Stimme der Kommunen und Regionen in Europa ein.

Kommunale Daseinsvorsorge und Wahrung der Subsidiarität

Das Subsidiaritätsprinzip muss gewahrt bleiben, denn nicht alle Entscheidungen lassen sich auf der europäischen Ebene angemessen treffen.

Vieles können BürgerInnen und PolitikerInnen vor Ort besser bewerten und entscheiden. Das betrifft gerade Fragen der Daseinsvorsorge wie die Wasser- oder Energieversorgung. Es darf nicht passieren, dass die im Grundgesetz und dem Vertrag von Lissabon verbriefte Gestaltungs- und Organisationshoheit der Kommunen beschnitten und fundamentale Güter aufgrund des EU-Wettbewerbsrechts zwangsprivatisiert werden.

Die Kommunen als entscheidender Akteur der Energiewende

Die Kommunen sind entscheidende Akteure der Energiewende.

Durch ihren Einstieg in die Erneuerbaren Energien machen sie sich unabhängig von den großen Energiekonzernen und generieren wichtige Einnahmen, die dann in Form von Angeboten und Dienstleistungen wie Schwimmbädern, Bibliotheken oder Kitas ihren BürgerInnen zugute kommen.

Wird auf europäischer Ebene – wie dies aktuell geschieht - die Energiewende massiv ausgebremst, gefährdet das die Unabhängigkeit unserer Kommunen.

Einwanderung gerecht und menschenwürdig gestalten

Wir unterstützen eine Einwanderungspolitik, die die Rechte von MitgrantInnen und ihre Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben stärken.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen auch ohne Aufenthaltsrecht Zugang zu einer medizinischen Grund- und Notfallversorgung erhalten und ihre Kinder Schulen und Kitas besuchen können.

Wir setzen uns im Landkreis dafür ein, dass die Gemeinden unterstützt werden, Flüchtlinge und Asylsuchende schnell und unbürokratisch bei der Bereitstellung von Wohnraum sowie bei der sozialen und psychologischen Begleitung zu helfen. Diese Aufgaben sollten jeweils in eine Hand gelegt sein, damit nicht durch Zuständigkeitsgerangel den Betroffenen der Zugang zu Leistungen erschwert wird.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärken

Aktive Städte- und Gemeindepartnerschaften, in denen sich die Zivilgesellschaft engagiert, Jugend- und Schüleraustauschprogramme, regionale Netzwerke sowie grenzüberschreitender Erfahrungsaustausch und Projekte bilden die Grundlage, auf dem eine aktive europäische Bürgerschaft entsteht.

Die Vielzahl und Vielfalt der seit Jahrzehnten bestehenden Partnerschaften und Initiativen im Landkreis mit Gemeinden u. a. mit Frankreich, Italien, England, Polen sind ein eindrucksvoller Beleg für die Nachhaltigkeit dieser europäischen Vernetzung für die BürgerInnen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der Blick über den eigenen (rhein Hessischen) Tellerrand, der Austausch mit europäischen Nachbarn und das Lernen von Best- Practice- Beispielen zukünftig zum Leitgedanken der europäischen Politik des Landkreises wird und sich in einer interkulturell offenen Integrationspolitik entsprechend manifestiert.

Wir treten ein für...

- eine Absicherung öffentlicher Daseinsvorsorge durch die Kommunen z. B. bei der Wasser- und Energieversorgung,
- eine menschengerechte und humane Asyl- und Flüchtlingspolitik im Landkreis und in den Kommunen (z. B. bei der Wohnraumbeschaffung),
- den Ausbau und die Förderung grenzüberschreitender Projekte und Partnerschaften (z. B. von Gemeinden, Schulen, Ausbildungszentren, Kulturprojekte, Bürgerinitiativen),
- die Absicherung der Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim als zentrale Weiterbildungseinrichtung des Landes mit europapolitischen und internationalen Themen,
- die Unterstützung Europäischer Bürgerinitiativen (z. B. „right2water“, Datenschutz, Flüchtlingspolitik).